

Haushaltsrede 2010 des Fraktionsvorsitzenden der CDU-Fraktion Bernd Schäfer in der Ratssitzung am 04.02.2010

– Es gilt das gesprochene Wort –

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren,

beginnen möchte ich mit dem Hinweis auf § 1 der vorgelegten Haushaltssatzung auf Seite 2, wonach im Ergebnisplan

Erträge von rund 32 Mio.

Aufwendungen von rund 41 Mio.

ausgewiesen sind, was ein Defizit von 9 Mio. Euro bedeutet. Diese Zahl ist besorgniserregend, insbesondere in der Entwicklung der letzten Jahre mit stets ansteigenden Defiziten. Dabei stellt sich die Frage, wohin das für unsere Kommune, für unser Gemeinwesen in der Zukunft führt.

Sicherlich ist ein Teil dieses Defizits – insbesondere die bilanziellen Abschreibungen – dem neuen kommunalen Finanzsystem geschuldet. Dazu zählen auch die veranschlagten Pensionsrückstellungen. Diese Verbindlichkeiten auszuweisen, ist als sinnvoll und zielorientiert anzusehen, da sie in späteren Jahren fällig werden.

Die defizitäre Entwicklung ist in erster Linie ein Ergebnis der allgemeinen Konjunktur- und Finanzentwicklung in unserem Land. Dazu ist den Medien zu entnehmen, dass der Bund in diesem Jahr 85,8 Mrd. neue Schulden macht, die gesamte öffentliche Hand, Bund, Länder, Gemeinden und Sozialversicherungen über 100 Mrd. Euro, und das in einem Jahr. Diese Art von

Finanzwirtschaft führt dann zu einer jährlichen zusätzlichen Zinsbelastung zwischen 5 und 6 Mrd. Euro. Da bisher beispielsweise der Bund in den letzten Jahren keine Schulden getilgt hat, weiß man, dass unsere Kinder und Enkelkinder für diese finanzpolitischen Entscheidungen noch Steuern zahlen müssen und damit sehr eingeschränkt werden, die dann in der Zukunft zu meisternden Probleme finanzieren zu können. Mit Generationengerechtigkeit hat diese Politik wenig zu tun.

Weiterhin ist zu beobachten, dass jede öffentliche Institution die Probleme auf den anderen schiebt nach dem Motto: Die Länder wollen was vom Bund, die Kommunen von den Ländern, die Gemeinden vom Kreis und so weiter, und so weiter. Diese Art von Finanzverschiebungen ist sicherlich keine Lösung des Problems.

Im Vorbericht des Haushaltes ist die örtliche Entwicklung anschaulich dargestellt, insbesondere die Wechselwirkungen des Finanzausgleichsmechanismus Gewerbesteuer / Gewerbesteuerumlage / Schlüsselzuweisung. Eine Finanzverfassung in Deutschland mit eindeutiger Verantwortung für Einnahmen und Ausgaben wird seit Jahren gefordert, aber sie lässt weiterhin auf sich warten. Gleichwohl sollte man die Politik im Bund und in den Ländern stets daran erinnern.

Wir als Kommune sind die letzten in der Kette der Verteilungskämpfe.

Eine Forderung, dass derjenige, der die Musik bestellt, sie auch bezahlen muss, bleibt weiter bestehen und ist auch im Vorbericht des Haushaltes zum Ausdruck gekommen. In unserem Haushalt zeigt sich die Nichteinhaltung

des Konnexitätsprinzips an der Unterdeckung von rund 429.000 Euro bei den Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz. Dabei will ich diese Leistungen nicht in Frage stellen, aber wenn die Kommunen die Leistungen vorgeschrieben bekommen durch Entscheidungen des Bundes und der Länder, dann ist auch bei der Steuergesetzgebung bzw. bei den Schlüsselzuweisungen dafür Sorge zu tragen, dass diese auch von den Kommunen finanzierbar sind.

Die finanzwirtschaftlichen Rahmenbedingungen sind also erkennbar für die Kommunen in Schieflage geraten. Das entbindet uns jedoch nicht von der Pflicht, im Rahmen der Möglichkeiten, unseren Teil dazu beizutragen, die finanziellen Probleme der Zukunft zu meistern. Ob wir dabei alle Einrichtungen in der jetzigen Größenordnung erhalten können, bleibt sicherlich im Blick auf die zu erwartende Finanzlage der nächsten Jahre fraglich. Als Beispiel möchte ich das Kunstturn-Leistungszentrum in Dreis-Tiefenbach nennen. Die Stadt Netphen wird ihren Kostenanteil in der jetzigen Höhe auf Dauer nicht beibehalten können. Zur Aufrechterhaltung dieser Einrichtung, die überwiegend regional bzw. überregional genutzt wird, ist eine weitere Mitfinanzierung, im vorliegenden Falle des Kreises, dringend geboten.

Nun zunächst einige Anmerkungen zu den Erträgen, die für 2010 mit 32 Mio. Euro geplant sind. Besonders negativ wirken sich die Mindereinnahmen beim Anteil an der Einkommenssteuer und bei der Gewerbesteuer in Höhe von rund 4,6 Mio. Euro aus. Diesen kurzfristigen Einnahmenschwankungen stehen aber feststehende Ausgaben in den verschiedensten Bereichen gegenüber. Damit wird deutlich, dass eine solide Planung der Haushaltsentwick-

lung in die Zukunft gesehen kaum möglich ist. Die Mindereinnahmen bei der Gewerbesteuer zeigen uns jedoch auch, dass wir im Rahmen unserer Möglichkeiten in unserer Stadt Gewerbefläche ausweisen müssen. Die Abwanderung von Betrieben und insbesondere der Verlust von qualifizierten Arbeitsplätzen ist auch ein Teil der Probleme unseres Einwohnerrückganges. Es ist immer wieder festzustellen, dass bei jungen Familien die Frage des Arbeitsplatzes bei der Wahl des Wohnortes höchste Priorität genießt. Hier ist die Stadt in Zukunft gefordert.

Bei der Aufwandseite gibt es viele Positionen, die fremdbestimmt sind. Dabei handelt es sich, um im Vokabular des NKF zu bleiben, um sogenannte Transferaufwendungen von insgesamt 17,6 Mio. Euro, bei denen insbesondere die Kreisumlage mit rund 13,5 Mio. Euro zu Buche schlägt. Ich möchte nun nicht in die übliche Kritik an der Kreisumlage einstimmen. Das werden sicherlich meine Nachredner tun. Wir sind jedoch der Auffassung, dass auch beim Kreis Siegen-Wittgenstein weiteres Einsparpotential vorhanden ist, wie übrigens bei allen Institutionen des öffentlichen Bereiches. Wenn man jedoch auf die Ausgaben des Kreises schaut, dann werden dort von 279 Mio. Euro alleine 124 Mio. für Soziales verausgabt, d. h. 45 %, nochmals 20 % mit 57 Mio. an den Landschaftsverband abgeführt. Der Landschaftsverband wiederum mit einem Haushalt von 2,4 Mrd. Euro verausgabt 91 %, nämlich 2,2 Mrd. auch für soziale Ausgaben, insbesondere die Eingliederungshilfe für Behinderte. Ich bin mir sicher, dass in diesem Raume niemand diese sozialen Aufwendungen in Frage stellt und wenn das so ist, dann müssen sie auch finanziert werden. Im Übrigen müssten diese Leistungen, wenn sie nicht vom

Kreis und Landschaftsverband erbracht werden, von der Stadt selbst übernommen werden, mit all dem Verwaltungsaufwand, der notwendig wäre.

Weitere große Brocken beim Kreis sind die Personalkosten mit rund 14 % des Gesamthaushaltes sowie die 15 Mio. Euro für die Schulen, die der Kreis als Schulträger zu unterhalten hat. Auch hier gibt es sicherlich unsererseits wenig Kritik an diesen Bildungsausgaben.

Wie wir alle der Presse entnehmen konnten, gab es im Zuge der Verabschiedung des Haushaltes 2010 des Kreises weitere kostenträchtige Anträge, u. a. im Jugend- und Sozialbereich sowie bei der Frage von Personaleinstellungen. Dabei mussten sich die Antragsteller doch darüber im Klaren sein, dass weitere Kreisausgaben sich negativ auf die Kreisumlage auswirken. Mit Ausweitung der Kreisausgaben wird man die Kommunen nicht entlasten, obwohl es von jedem gefordert wird.

Einsparpotenziale sind jedoch, wie gesagt, beim Kreis Siegen weiterhin möglich. Das zeigt auch das Jahresergebnis des Kreises im Jahre 2008 mit einem Haushaltsüberschuss von 4,7 Mio. Dies ist Geld, was den Kommunen zu Unrecht abgenommen wurde und wieder zurückfließen muss. Auch hier möchte ich mich mit überzogener Kritik zurückhalten. Wir alle wissen, dass es ein leichtes für eine Verwaltung ist, den Rahmen des Haushaltsplanes auszuschöpfen und danach für eine sogenannte Punktlandung Beifall zu bekommen. Deswegen möchte ich den Haushaltsüberschuss nicht kritisieren, sondern fordern, dass in Zukunft die Haushaltsansätze nur in der absolut

notwendigen Höhe gebildet werden und bei der Bewirtschaftung äußerste Sparsamkeit an den Tag gelegt wird.

Eine weitere große Transferaufwendung nach dem NKF ist u. a. der Verlustausgleich für die Freizeitpark Obernautal GmbH. Die angedachten Investitionen führen hoffentlich dazu, dass sich dieser Betrag in den nächsten Jahren vermindert. Die Vertreter unserer Fraktion in der Gesellschafterversammlung der Freizeitpark-GmbH werden ihren Teil dazu beitragen, vernünftige kostensparende und qualitätssteigernde Lösungen zu finden. Die Investitionssumme von 6 Mio. Euro ist festgelegt und ich kann mir kaum vorstellen, dass eine weitere Aufstockung bei der derzeitigen Finanzlage möglich sein wird.

Die Personalaufwendungen der Stadt sind mit rund 7,2 Mio. Euro kalkuliert. Nachdem, was dem Haushaltsplan zu entnehmen ist, sind keine Mehrkosten für mögliche Tarifierhöhungen eingeplant. Diese Kalkulation ist einerseits mit Risiken verbunden, andererseits den derzeitigen finanziellen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in unserem Lande angepasst. Ich fürchte jedoch, dass bei den derzeit laufenden Tarifverhandlungen kein Ergebnis erzielt wird, das den aktuellen ökonomischen Zwängen gerecht wird.

Insgesamt sind die Personalkosten nicht als überhöht anzusehen, was auch der Bericht der Gemeindeprüfungsanstalt, der uns im September letzten Jahres vorgelegt wurde, bestätigt. Gleichwohl gibt es in einem Betrieb immer Einsparpotentiale, bei dem einen weniger, bei dem anderen mehr. Die Aussagen der Gemeindeprüfungsanstalt sollten nicht dazu genutzt werden, die Hände in den Schoß zu legen. Es muss weiterhin versucht werden, die Aus-

gaben zu minimieren mit dem Ziel in einem zukünftigen Benchmarking der Beste zu werden.

Im Vorbericht des Haushaltes hat der Kämmerer auf die Verpflichtung zur Einführung einer Kosten- und Leistungsrechnung hingewiesen. Dem können wir nur zustimmen. Gleichzeitig wird das Beispiel der Kosten- und Leistungsrechnung für das Produkt Baubetriebshof angeführt. Ich denke, dass die derzeit vorgenommenen Aufzeichnungen und Auswertungen den Anforderungen an eine Kosten- und Leistungsrechnung mit Plan-, Soll- und Ist-Daten nicht standhält. Hier sind Verbesserungen möglich und notwendig, um auch bei einem Vergleich mit den Betrieben der sogenannten freien Wirtschaft bestehen zu können. Daran sollte im Jahr 2010 gearbeitet werden.

Die Aufwendungen der Sach- und Dienstleistungen mit rund 7,8 Mio. Euro spiegeln die notwendigen Unterhaltungs- und Bewirtschaftungskosten wider. Auch hier gilt aus meiner Sicht das zu den Personalkosten Gesagte, dass jede Einsparmöglichkeit genutzt werden muss. Der bereits zitierte Bericht der Gemeindeprüfungsanstalt weist auf einige Punkte hin, die, so hoffe ich, vom Bürgermeister und der Verwaltung angegangen und vom Rat unterstützt werden.

Die Ansätze im Haushaltsplan weisen letztlich keine neuen größeren Investitionsmaßnahmen aus, sondern die geplanten Ausgaben dienen der Erhaltung des Bestandes. Die veranschlagten Investitionen

- im Schulbereich, die notwendigen Maßnahmen zur Ganztagsbetreuung,
- die Beschaffungen für die Feuerwehr,

- die angedachten Verbesserungen an den vorhandenen Sportstätten sowie
- die beiden Dorfplätze in Dreis-Tiefenbach und Deuz

werden wir in der Umsetzung unterstützen. Dabei möchten wir nochmals die zeitnahe Vorlage der Kostenberechnungen für die einzelnen Entwürfe zur Umsetzung der geforderten Mittagsverpflegung am Gymnasium anmahnen. Gleichzeitig ist auch für die übrigen Schulen diese Thematik anzugehen und letztlich in ein Gesamtkonzept einzubinden. Hier ist eine zügige Umsetzung notwendig.

Offen geblieben sind im Haushalt die Aufwendungen im Kindergartenbereich für die Umsetzung des Rechtsanspruchs auf einen Kita-Platz für die unter3jährigen. Ich denke, dass wir hier im Laufe des Jahres für den Haushalt 2011 entsprechende Entscheidungen treffen müssen. Dabei ist es dringend, dass eine Kostenschätzung für den Ausbau oder den Neubau des Kinder- und Familienzentrums „Rabennest“ in Deuz vorgelegt wird.

Aber auch im Kindergartenbereich müssen wir gegenüber dem Kreis und insbesondere dem Land anmahnen, dass die Umsetzung solcher Entscheidungen, finanziell den Kommunen ermöglicht wird.

Abschließend bleibt festzustellen, dass der Haushalt aufgrund der schwierigen finanziellen Rahmenbedingungen die unabweisbar notwendigen Ausgaben enthält und diese auch zur Erhaltung der Infrastruktur und der Daseinsvorsorge notwendig sind. Trotzdem gilt der Aufruf an uns alle, an den Bürgermeister und die Verwaltung und auch an den Rat, alle möglichen Einspa-

rungen, die sich im Laufe des Jahres 2010 verwirklichen lassen, umzusetzen.

Die im Haushaltsplan aufgezeigten finanziellen Erwartungen für die Jahre 2011 und später sind aus meiner Sicht sehr optimistisch. Wir gehen davon aus, dass die Finanzlage der Kommunen sich eher noch verschlechtern wird. Gleichwohl sollten wir dabei im Rahmen unserer Möglichkeiten das kulturelle Angebot nicht vernachlässigen und den Tourismus fördern. Der neu gebildete Ausschuss bietet dazu die Basis, Ideen zu entwickeln und Ziele zu formulieren.

Dem Kämmerer der Stadt und seiner Mannschaft möchte ich an dieser Stelle für das umfangreiche Zahlenwerk danken und auch für die zusätzlich gegebenen Erläuterungen. Dem Kämmerer bleibt bei der derzeitigen allgemeinen Finanzsituation die unangenehme Aufgabe, tagtäglich Haushaltsdisziplin einzufordern und zu kontrollieren. Dies ist eine undankbare Aufgabe, der er sich aber stellen muss, und so wie wir ihn und seine Mannschaft kennen, auch stellen wird. Wir sagen ihm dabei unsere Unterstützung zu.

Die CDU-Fraktion wird dem Haushalt 2010 in der vorliegenden Form zustimmen.